



# Bermatingen kommunal

Mitteilungen des Ortsvereins der SPD  
für die Ortsteile Bermatingen und Ahausen

Nr. 57  
April 2013

## Alles Müller oder was ??? .

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, nach längerer Pause ist es endlich wieder soweit. Sie halten ein neues Exemplar unseres „Bermatingen Kommunal“ in der Hand. Klar denken sie, ist ja wieder Wahljahr. Aber genau deswegen haben wir versucht, das Kommunal im ersten Halbjahr für sie fertig zu bekommen. Ausserdem zeigen wir uns auch ausserhalb der Wahlen bei unseren regelmäßigen Aktivitäten (z.B.: Brunnenfest, politisches Wurstsalatessen, etc). Aber nicht nur wir werden aktiv. Es ist Ihnen sicher auch aufgefallen wie die CDU nun offensichtlich vor der Bundestagswahl noch versucht, „Gut Wetter“ zu machen. Und dabei schreckt sie nicht zurück, auch klassische SPD Themen ihr eigen zu nennen. Da wird über die Homo-Ehe diskutiert, da fallen in Bayern die Studiengebühren weg, Mindestlohn ist plötzlich ein Thema usw. Man reibt sich verwundert die Augen, aber keine Angst, das meiste ist nach der Bundestagswahl wieder vergessen. Auch die Vorsitzende der hiesigen CDU mus sich in ihrer Hauptversammlung mit fremden, überparteilichen Federn schmücken. „War es doch die Initiative des Ortsverbandes bezüglich des Projekt Wasserkraft“. Naja, lassen wir sie in dem Glauben. Aber den größten Skandal hat doch der Vorsitzende des ENBW-Untersuchungsausschuss gemacht. Der hier von allen CDU'ern hochgelobte Ulrich Müller mauschelt seinem ehemaligen Staatssekretär Mappus Unterlagen zu. Ja geht's noch? Im Bodenseekreis scheint es fast so, als wäre man stolz auf das, was da in Stuttgart passiert ist. Selbst die hiesige Presse schmeichelt eher als dass sie anklagt. Ehrlich gesagt, ich hatte schon bei der Benennung von Herrn Müller ein ungutes Gefühl. Mich stört auch an der Person, dass er jetzt die grün-rote Regierung über den lokalen Straßenbau angreift und aber selber 6 Jahre als Verkehrsminister die Chance zur Umsetzung auch nicht genutzt hat. Fast genauso skurril war der Kommentar von Herrn Schockenhoff zur Clownaussage von Peer Steinbrück. Ich dachte, der traut sich was, hat er doch, wie man so schön sagt selbst genug Dreck am Stecken. Und so einer will über Peer Steinbrück richten ! Nun aber wirklich noch kurz zur Bundestagswahl. Klar, es ist nicht alles zum Vorteil was unser Peer da von sich gibt, aber es ist wenigstens ehrlich. Auch dass er sich

für Vorträge zahlen lässt halte ich noch nicht für verwerflich. Er wird wenigstens wegen seiner Vorträge gebucht und die sind dann wohl so gut, dass man dafür gerne zahlt. Das könnte man vergleichsweise von der Bundeskanzlerin eher nicht behaupten.

Wir hier im Bodenseekreis starten mit Jochen Jehle als Kandidat in den Bundestagswahlkampf. Wir, der SPD-Ortsverein Bermatingen, werden Jochen bei seinen Wahlkampfaktivitäten natürlich voll unterstützen. In Bermatingen ist ja nun die Freude riesig, dass die Gelder aus dem Landessanierungsprogramm (LSP) fließen. Für den vierten Anlauf hat uns BM Rupp um politische Unterstützung in Stuttgart gebeten. Dem Wunsch sind wir gerne nachgekommen und man wusste anschließend bis zum Finanzminister Dr. Nils Schmid über den Bermatinger Antrag Bescheid. Somit freut es uns ganz besonders, dass unsere Unterstützung zum Erfolg beigetragen hat. Auch von unserem Bürgermeister kam ein Dankeschön. Nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen.

## 'Aus' für die Unechte Teilortswahl

Mit diesem Thema haben wir uns in den letzten Jahren öfter befasst. Vor zwei Jahren stellten wir die Mängel und Ungereimtheiten dieses Wahlverfahrens nochmal ganz deutlich dar mit dem Appell am Schluss, Bürgermeister und Räte mögen doch bitte die Abwahl dieses Verfahrens zu Gunsten des üblichen, ganz normalen, in der Durchführung einfachen und im Ergebnis dann gerechten Wahlverfahrens angehen. Es ist vollbracht; - bei den Bürgern ist man nicht auf verbreitete Sorge gestoßen, so dass die Gemeinderäte das inzwischen fast 40 Jahre alte Verfahren endlich einstimmig 'zu Grabe tragen' konnten. Die nächste Kommunalwahl im Jahr 2014 wird also endlich entspannter und im Ergebnis befriedigender vor sich gehen!

Jetzt bleibt als Relikt von der Eingemeindung nur noch der Ortschaftsrat übrig. Wir vermuten, dass die Stimmung gar nicht so schlecht ist, für die Gesamtgemeinde nur noch den Gemeinderat gelten zu lassen und den Ahauser Ortschaftsrat auch aus Kostensicht, aufzugeben. Die Einrichtung eines

ehrenamtlichen Teilortsbeauftragten wäre ersatzweise denkbar.

### Radwege sicherer machen

Die Fortbewegung per Fahrrad ist nur dann eine echte Alternative zum Auto, wenn die Fahrradwege zuverlässig, sicher und mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit benutzbar sind, die sich deutlich vom Fußgängertempo abhebt. Das ist aber dann nicht gegeben, wenn einige Wegstrecken in unserer Gemeinde bei *viel zu geringer Breite per Rad im Begegnungsverkehr und zusätzlich von Fußgängern genutzt werden* müssen. Dies betrifft z. B. den Weg zwischen den Grundstücken von Markdorfer- und Atostraße sowie den Weg an der Ahauser Straße entlang von der Eisenbahnbrücke bis zum neuen Einkaufsmarkt.

Auf diesen Wegstrecken ist der Begegnungsverkehr eindeutig unsicher, man kann sich kaum begegnen, ohne daß die Gefahr besteht, sich mit den Lenkern gegenseitig auszuhebeln und zu stürzen; erhebliche Geschwindigkeitsreduzierung und an manchen Stellen anhalten und absteigen sind erforderlich.

Als Abhilfe sehen wir: Bei Begegnungsverkehr die erforderliche Breite verfügbar halten; *was schreibt eigentlich die StVO vor?* - Hecken zurückschneiden und Fußgängern andere Wege vorgeben. An der Ahauser Str. den Radverkehr von Ahausen Richtung Bermatingen an der neuen Insel beim EDEKA auf die östl. Straßenseite lenken und bis zur Kellhofstr. neu anlegen. Die besonders gefährliche Kurve unter der Eisenbahnbrücke wäre damit entspannt.

Also, wir wünschen uns eine ernstzunehmende, sichere Infrastruktur zum Radfahren, dann bleibt auch das Auto öfter zuhause stehen.



### Altersarmut

#### Wir brauchen ein neues Rentensystem

Jeder fünfte Deutsche bekommt für seine Arbeit nur einen Niedriglohn. Rund 20,7 Prozent der Beschäftigten hier im Land, das sind 6,55 Mio. Arbeitnehmer, haben im Jahr 2008 einen Lohn erhalten, der noch unter der Niedriglohnschwelle der Industrienationen lag (Institut für Arbeit und

Qualifikation IAQ der Universität Duisburg-Essen). In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Niedriglohnpfänger um 2,3 Mio. Menschen gewachsen. Gut 2 Mio. Menschen haben für einen Stundenlohn von unter 6 Euro brutto gearbeitet. Die flächen-deckende Einführung von versicherungspflichtigen Mindestlöhnen ist zwingend erforderlich. Wie aber sollen Arbeitnehmer, die nicht genug verdienen um den täglichen Bedarf zu decken, Vorsorge für ihr Alter betreiben? Mindestens 6,5 Mio. Bundesbürger haben keine auskömmliche Existenz und keine Aussichten auf ein abgesichertes Leben im Alter - eine tickende Zeitbombe! Die volkswirtschaftlichen Folgen dieser kurzsichtigen Politik haben spätere Generationen zu tragen.

### Die Gesetzliche Rentenversicherung

Wenn man die Entwicklung der GRV über Jahre verfolgt stellt man fest, dass Arbeitnehmer bis 1977, bei vergleichbarer Lebensleistung, annähernd die gleiche Altersversorgung wie Beamte oder Mitglieder einer berufsständischen Versorgung erhalten haben. Die regelmäßigen, rückwirkenden und enteignungsgleichen Eingriffe des Gesetzgebers seit 1978 haben dazu geführt, dass die heutige Durchschnittsrente für Männer nicht einmal mehr halb so hoch ist, wie die durchschnittliche Pension bzw. die durchschnittliche Versorgung bei den berufsständischen Organisationen. Bei Frauen sieht die Situation noch schlechter aus und für junge Rentenversicherte wird diese Rentenpolitik in einer beispiellosen Altersarmut enden.

### Die Glaubwürdigkeit der Gerichte

Für die Altersversorgung in Deutschland gibt es drei verschiedene Systeme. Das ist einmalig in Europa. Außerdem unterliegen diese drei unterschiedlichen Systeme auch unterschiedlichem Recht. Für die berufsständische Versorgung und die Beamtenversorgung gelten das Grundgesetz und die Normen des Rechtsstaats, für die Mitglieder der GRV gilt dagegen die „Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers“, das heißt, die politische Willkür. Die Rechtsprechung im Rentenrecht und in allen anderen gesetzlichen Solidarversicherungen ist besonders pikant, da die Richter selbst Privilegierte (unsolidarisch Versicherte) des Systems sind. Damit verlieren sowohl die Entscheidungen und Urteile des BVerfG als auch des BSG an Glaubwürdigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger begreifen zunehmend, dass gültiges Recht mit Gerechtigkeit immer weniger zu tun hat und mehr und mehr zu einem reinen Lobbyisten-Recht verkommt.

### Bürger- oder Erwerbstätigenversicherung?

Das grundgesetzwidrige Mehr-Klassensystem in den Sozialsystemen ist ein Zwei-Klassenrecht von solidarisch und unsolidarisch Versicherten. Eine solidarische Bürgerversicherung ist einer Erwerbstätigenversicherung vorzuziehen, weil damit auch Kapital-, Verpachtungs- und Mieteinkünfte usw. den Erwerbseinkünften gleichgestellt würden. Damit wird der bisherige Egoismus der Lobbyistenverbände durch ein Mindestmaß an Solidarität und sozialer

Gerechtigkeit ersetzt, was für jede zivilisierte und sozial funktionierende Gesellschaft erforderlich ist. Alle Bürger und alle Einkommen zahlen ohne Beitragsbemessungsgrenze und nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip Beiträge in die gesetzlichen, solidarischen Sozialsysteme ein und erhalten daraus Leistungen.

#### **Gesetzliche Altersversorgung**

Die gesetzliche Rente muss als staatliche Grundsicherung für Hausfrauen, Politiker, Manager, Arbeiter, Beamte oder Studenten, das heißt für alle Bürger verpflichtend sein. Innerhalb einer solidarischen Bürgerversicherung muss das Zwei-Klassenrecht in der Altersversorgung durch ein Versicherungssystem mit Ausgestaltung nach Schweizer Vorbild ersetzt werden.

*Die Menschen sind nicht alle gleich, aber sie haben ein Recht auf gleiche Behandlung. Diese Selbstverständlichkeit spiegelt sich in der sozialen Sicherung in Deutschland nicht wieder.*

Auszug aus dem Positionspapier –

„Soziale Sicherung in Deutschland“ - von vier Rentner-Vereinen erstellt, verteilt bei der Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten in Kluftern am 6. März 2013.

**DAS WIR ENTSCHEIDET.**

**SPD**

#### **Bahnhofsgelände / Pfarrwiesen**

beschäftigt uns in Bermatingen schon seit etlichen Jahren.

In vielen Gemeinden sind entsprechende Einrichtungen längst konkret geplant oder bereits verwirklicht.

Immerhin gab es bei uns vor einigen Monaten einen Workshop zu diesem Thema unter dem Titel: „Leben und Älterwerden in Bermatingen“.

Das Hauptergebnis dieser interessant und professionell gestalteten Veranstaltung war der Wunsch nach einer **Anlaufstelle** für allgemeine Fragen des Älterwerdens, Wohnens im Alter, rechtlichen Beistands, ambulanten Hilfen etc. Man war der Meinung, dass diese Anlaufstelle räumlich und organisatorisch, im Rathaus angesiedelt sein sollte.

Es bleibt zu hoffen, dass dieser Wunsch in absehbarer Zeit umgesetzt werden kann und der Workshop keine Einzelveranstaltung bleibt.

Thematisch dazu passt die Nachricht, dass nun, nach mehrmaligem Anlauf, es der Gemeinde gelungen ist in das Landessanierungsprogramm aufgenommen zu werden.

Wie schon in den letzten drei Jahren wurde der Antrag für einen Zuschuss aus dem Landessanierungsprogramm für 2013 gestellt. Die

Entscheidung ist nun gefallen: Bermatingen wurde mit einem namhaften Betrag bedacht.

Wir freuen uns, dass wir da vom Ortsverein ein bisschen „nachhelfen“ konnten. Nils Schmid SPD, als verantwortlicher Minister, weiß nun immerhin wo Bermatingen liegt.

Jetzt ist die Verwaltung gefordert, die Verhandlungen mit der Bundesbahn voran zu treiben, damit die bestehende Planung schnell umgesetzt werden kann und die Verkehrssituation am neuen Kindergarten baldmöglichst verbessert wird. Auch das Projekt „Wohnen im Alter“ hat jetzt durch die Bewilligung eine reelle Chance umgesetzt zu werden. Auf geht's!

#### **Der Lärmaktionsplan ist erstellt**

Das beauftragte Fachbüro RAPP TRANZ aus Freiburg hat die Datenerfassung abgeschlossen und wird im Gemeinderat den Lärmaktionsplan und das daraus abgeleitete Verkehrskonzept vorstellen, damit der Rat über eine öffentliche Vorstellung mit Bürgerbeteiligung abstimmen kann. Für die Landstraße L205 kann zusätzlich im Internet unter [www.LUBW.de](http://www.LUBW.de) die aktuelle Lärmkartierung vom Land eingesehen werden. Der Lärmaktionsplan bietet jetzt eine gute Change, bisher nicht umsetzbare Dinge wie Geschwindigkeitsreduktion durch Tempolimit, dazu nötige bauliche Maßnahmen und möglichen Einbau von Flüsterasphalt umzusetzen. Die Bevölkerung ist aufgerufen, zahlreich an der öffentlichen Bürgerbeteiligung teilzunehmen, denn nur so können wir den Druck auf Gemeindeverwaltung, Landkreis und Land aufbauen.

#### **Gut das man Gemeinderat ist**

Es ist immer wieder interessant, wie schnell der Genehmigungsweg sein kann bei Bebauungsplänen und Bauanträgen wenn berufliche / geschäftliche Interessen von einzelnen Gemeinderäten dahinter stehen. Wo Otto Normalbürger oft gegen eine Wand läuft, öffnet sie sich bei manchen Gemeinderäten wie von selbst. Bei den Ratssitzungen werden dann die anderen Ratskollegen/innen überrascht mit bisher nicht zur Diskussion stehenden Plänen und sollen gleich entscheiden. Bei der Abstimmung über das Vorhaben erklären sich die betroffenen Antragsteller zwar als befangen und nehmen im Zuschauerraum Platz, aber durch die gemeinsame Vorarbeit mit der Verwaltung dürfte alles im eigenen Sinne laufen. Mann oder Frau darf gespannt sein auf den nächsten Clou.

#### **CDU und „ihre“ Wasserkraft**

Oh Oh, nun ist die CDU (OV Bermatingen) aber froh! Ist es Ihr doch tatsächlich gelungen die überparteilichen Initiativen der „Energie“ Gruppe vom Mesnerhaustreff, beginnend seit 2011 bis heute, als die Ihre im Suedkurier vom 11.04.2013 zu verkaufen. Hat sie es wirklich nötig, zu Plagiaten zu greifen?? Man muss doch nicht auch noch auf Ortsvereinebene die Berlin Masche kopieren!!!

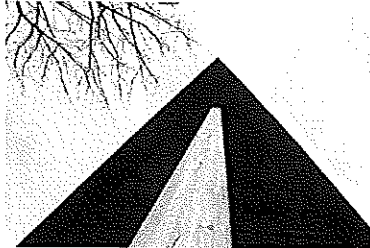
## Streifzüge durch die Gemeinde

**Suchbild:** Was ist das?

Eine Pyramide in Bermatingen?

Eine Strasse die auf den Horizont zuläuft?

**Alles falsch!**



Es handelt sich um die Dachabstützung der Aussegnungshalle auf dem Friedhof, gesehen aus der Froschperspektive. Ein Provisorium, das nun schon wieder etliche Jahre in der Gegend herumsteht. Ob da wohl irgendwann mal was „Richtiges“ hinkommt? Apropos: Wie steht es eigentlich mit der angedachten wetterfesten Umschließung des Publikumsraums an dieser Stelle oder etwa mit dem geplanten zusätzlichen Friedhofszugang von der Strasse „Am Hohrain“? Im Vorhabenplan der Gemeinde für das nächste Jahr ist davon nichts zu lesen!

Besucher des Friedhofs wiesen uns auf die völlig verschmutzten



Außenlampen hin. Und tatsächlich: Wie man auf dem Foto sieht, sieht man nix, wenn die Dinger mal eingeschaltet sind.

Außen die „Patina“ der Bäume und innen die Überreste unzähliger Spinnen und Fliegengenerationen.

### **Neuer Radweg**

Ein immer wiederkehrendes Thema ist die Erweiterung und Sicherheit der innerörtlichen Radwege. Da zeichnet sich nun eine Möglichkeit ab die quasi ins Auge sticht. Schön dass der EDEKA Markt nun straßenmäßig und ÖPNVmäßig gut angeschlossen ist. Jetzt müsste man eigentlich noch etwas für die Radfahrer tun. Wie wäre es, wenn man östlich der Meersburger Straße einen Radweg anlegen würde? Dieser könnte etwa an der Einmündung des Feldwegs gegenüber EDEKA beginnen und bis zur Einmündung der Kellhofstraße führen. Die Bahnunterführung ist breit genug und da man in

absehbarer Zeit hier den neuen Ortssammler bauen wird, böte sich der neue Radweg förmlich an.

Vorteile:

**Entflechtung** des Radverkehrs aus Richtung Ahausen (idealerweise Querung bereits auf Höhe Jahnstraße);

**Bessere Anbindung** der östlichen Ortsteile;

**Vermeidung der Konflikte** in der Bahnunterführung;

**Teilweise Ableitung** des Radverkehrs über Kellhofstraße Richtung Markdorf



### **„Neue Strasse“ entdeckt**



Obige Strasse dürfte es nach dem offiziellen Ortsplan im Internetportal eigentlich gar nicht geben. Darin firmiert sie nämlich unter „Ringstrasse“.

Da von einer Straßenumbenennung nichts bekannt ist, heißt es nun entweder den Ortsplan im Internet oder das Straßenschild zu ändern.

Und da wir gerade beim Thema sind: Wie heisst eigentlich die Strasse die vom EDEKA Markt durch die Feldmark Richtung Röthenbachstrasse führt? Eine viel befahrene öffentliche Strasse ohne Namen? Das kann doch wohl nicht sein. Namensvorschläge werden entgegengenommen.

### **Termine des Ortsvereines:**

07.07. Brunnenfest vor der Grundschule

14.09. Infostand vorm Rathaus

22.09. Bundestagswahl

11.10. politisches Wurstsalatessen

Impressum:

Beiträge lieferten: M. Buchwalsky, P. Dick, H. Grau,  
A. Kemmer, J. Pagel, E. Waffenschmidt

Für den Inhalt verantwortlich:

SPD Ortsverein Bermatingen  
Oberer Höhenweg 10  
88697 Bermatingen

Telefon: 07544/71573  
Telefax: 07544/71573  
Email: [webmaster@spd-bermatingen.de](mailto:webmaster@spd-bermatingen.de)  
[www.spd-bermatingen.de](http://www.spd-bermatingen.de)

Bankverbindung:  
Sparkasse Salem  
BLZ: 69051725  
Konto: 2006625

